

Quelle

Datum

## Freunde <sup>bet</sup> zweifeln an Bonn

VON JOSEF JOFFE

Das Koalitionsdebakel in Berlin zeigt, daß die Bundesregierung heute drängendere Sorgen hat als die Bündnispolitik. Aber ein Blick auf die 28. Internationale Wehrkundetagung am Wochenende in München müßte Bonn ebenfalls aufmerken lassen. Diese Tagung hat sich im Laufe des vergangenen Vierteljahrhunderts zu einem feinkalibrierten Bündnis-Barometer entwickelt. Der Rahmen ist gerade offiziell genug, um jedesmal ein halbes Dutzend NATO-Verteidigungsminister und ungezählte hochrangige Politiker im dichtgedrängten Ballsaal des Bayerischen Hofes zu versammeln. Gleichzeitig aber sorgen informelle Club-Atmosphäre und lockere Agenda für mehr Offenheit als etwa beim Herumschnitzen an einem Gipfel-Communiqué.

Die vielen Reden, das Gesprochene wie das Angedeutete, machten offenkundig, was dem Leser westlicher Zeitungen nicht erst seit der „Auschwitz in the sand“-Attacke des *New York Times*-Kolumnisten William Safire auffällt. Bonn ist zwar im Bündnis nicht isoliert – dazu ist die Bundesrepublik zu wichtig und gewichtig –, aber die Partner blicken wieder einmal bangen Auges auf jenes Land, das zugleich Pfeiler und Fragezeichen der Allianz ist.

Die Fragen, die in München immer wieder in allen Variationen auftauchen, lassen sich auf einen simplen Kern reduzieren: Wohin treibt die Bundesrepublik? Die einen zitierten Meinungsumfragen, die angeblich den Kniefall der Deutschen vor Gorbatschow belegten; die anderen das Bonner Zögern, der Modernisierung von Atomwaffen zuzustimmen. Die Gäste verwiesen auf den anschwellenden Widerstand gegen Tiefflüge und Manöver und verbanden derlei mit der Mahnung – wie etwa der britische Außenminister Howe –, wir müßten „unserer Öffentlichkeit die Realitäten der europäischen Sicherheit“ eindringlicher erläutern. Einer fragte gar, wenn auch abseits der Scheinwerfer und Mikrophone, ob sich die Deutschen nachgerade „unbewußt“ aus dem Bündnis entfernten.

Vorweg: Solche Fragen sind so alt wie die deutsche Mitgliedschaft im Bündnis. Seit 1955, als Adenauer knapp nach dem NATO-Beitritt Moskau besuchte, treten sie mit zwangsläufiger Regelmäßigkeit auf, und das hat einen schlichten Grund. Kraft ihrer Potenz und geographischen Position ist die Bundesrepublik neben Amerika der andere Eckstein der Allianz; kraft ihrer „singulären“ nationalen Lage – sowohl als geteiltes Land wie auch als potentiell Schlachtfeld – hat sie ein natürliches Interesse daran, sich mit den Nachbarn im Osten zu arrangieren.

Dies ist das Ur-Dilemma aller westdeutschen Außenpolitik, aber wer jetzt allzu eindringlich „Quo vadis?“ fragt, der müßte bei nüchterner Betrachtung der jüngeren Historie sehen, daß die Bonner eben keine

unsicheren Kantonisten gewesen sind. Selbst der Außenminister, dem man in mancher NATO-Hauptstadt das ominöse „Genscherismus“-Etikett aufkleben will, hat anno 1983 in vorderster Front für die Nachrüstung gekämpft. Heute steht die Bundesrepublik, was Konstanz beim Verteidigungsbudget und bei der Präsenzstärke der Bundeswehr betrifft, im Kreise der Alliierten wie ein Musterknabe da.

Indes: Es läßt sich nicht verleugnen, daß die Regierung Kohl ins Gedränge geraten ist. Die gemessene öffentliche Meinung wirft einen dunklen Schatten auf die Sicherheitspolitik. Sie bewegt sich zwar nach wie vor im 70- bis 80-Prozent-Bereich, wo es um die abstrakte Zustimmung zur NATO, zur amerikanischen Präsenz und zur Bundeswehr geht. Sie läuft aber längst aus dem Ruder, wo es darum geht, für derlei Versicherung die Prämie zu entrichten – siehe die Aversion gegen Tiefflüge, Modernisierung und Atomwaffen. Und wenn dann SPD-Politiker, wie auf der Wehrkundetagung geschehen, die grenznahe Vorverteidigung (den Preis, den Bonn 1954 für seinen Bündnisbeitritt gefordert hat) in Frage stellen, dann stehen selbst bewährten Freunden der Bundesrepublik die Haare zu Berge.

In solcher Lage ist die Erinnerung an das Wesentliche der beste Ratgeber: Das Bündnis kann nicht ohne Bonn, Bonn kann nicht ohne das Bündnis. Ohne die Bundesrepublik wäre die NATO ein atlantischer Rumpf-Verein, ohne Bündnis gliche alle Ostpolitik einem Hochseil-Akt ohne Netz. Die Fesseln mögen also scheuern, keiner aber könnte sie ungestraft abstreifen. Daraus folgt vor allem eine rationale Sicherheitspolitik im Bündnis.

Die Zahl der Atomwaffen und Armeekorps in Westdeutschland ist keineswegs in Granit gemeißelt – schon gar nicht in einer Zeit, in der echte Abrüstung zum ersten Mal seit 1945 in realer Greifweite ist. Und doch erfordert Abrüstungspolitik, wie es Willy Brandt im Blick auf die Ostpolitik gesagt hat, einen „langen Atem“. Eine Hausratversicherung wird nicht hinfällig, weil die Einbruchgefahr sinkt; eine vernünftige Sicherheitspolitik kann nicht schon heute vorwegnehmen, was erst morgen als Resultat langer, mühseliger Verhandlungen zu haben sein wird:

Frieden mit weniger Lasten und Risiken.

Dies der eigenen Bevölkerung zu erklären, müßte den Bonnern nicht schwerfallen. Ebensowenig dürften sie daran zweifeln, den Alliierten im Zuge der Bündnispflege zu vermitteln, daß dieser Staat zwar ein verlässlicher Partner ist, aber eine militärische Bürde trägt wie kaum ein anderes Land. Die Bürde im Einklang mit den Partnern zu erleichtern – sprich: den Druck der Innen- mit den Eckdaten der Außenpolitik zu versöhnen – erfordert freilich etwas mehr Staatskunst als derzeit in Bonn zu bewundern ist. 4)